

STEFAN JAKOB WIMMER

Die Antisemitismus-Falle *

Antisemitismus wirklich ernst zu nehmen, setzt voraus, sich mit der Thematik – und die schließt den Israel-Palästina-Konflikt mit ein – seriös auseinanderzusetzen, anstatt Lippenbekenntnisse zu wiederholen. Gerade die, die den Kampf gegen jede Form von Antisemitismus einfordern, fördern bisweilen selbst Antisemitismus, decken und verursachen Unrecht. Wir sind alle gefordert, diese Falle zu erkennen und Antisemitismus wirklich zu benennen, sodass er endlich da, wo er stattfindet, bekämpft werden kann.

Die Aktualität und Brisanz der Thematik zu begründen, erübrigt sich. Auch schon vor dem 7. Oktober 2023 nahm der Antisemitismus in Deutschland weiter zu anstatt ab. Die Notwendigkeit, dagegen effektiv anzukämpfen, war evident und dringlich. Seit dem genannten Datum empfinden jüdische Menschen in Deutschland eine explosionsartige Welle antisemitischer Anfeindungen. All dies geschieht trotz immer eindringlicherer Aufrufe, immer wieder neu aufgelegter Kundgebungen, Aktionen und Programme, trotz der Einsetzung von immer mehr „Antisemitismusbeauftragten“ auf unterschiedlichsten Ebenen.

Was also läuft falsch im Kampf gegen Antisemitismus? Und warum nehmen die, die den Kampf einfordern, diese Fehlentwicklungen nicht wahr oder nicht ernst?¹

* Der Beitrag basiert auf einem Vortrag vom 11.6.2024, veranstaltet von der Gesellschaft Freunde Abrahams e.V. in Kooperation mit der Katholisch-Theologischen Fakultät der LMU München. Für die Inhalte ist allein der Autor verantwortlich, nicht die Veranstalter und nicht die LMU.

¹ Der Beitrag vertieft Aspekte, die in S.J.Wimmer, 7. Oktober 2023 und der Gaza-Krieg. Eine Handreichung zum Verständnis und Empfehlung zum Umgang mit den Auswirkungen in München für Schulen, Verwaltung, Gemeinden, *Blätter Abrahams* 23, 2023, 167-187 angesprochen wurden. Diese Analyse wurde von Dr. Josef Schuster, dem Präsidenten des Zentralrates der Juden in Deutschland, sehr anerkennend begrüßt („Mit Ihrer Arbeit leisten Sie einen wichtigen Beitrag zu einer besseren Einordnung der Situation in Nahost und tragen zum Abbau von Vorurteilen sowie zur Sensibilisierung gegen den wiederaufgeflamten Antisemitismus bei“, vom Büro des Antisemitismusbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung, Dr. Ludwig Spaenle, dagegen kritisiert – s. dazu in diesem Heft, S. XX-XX).

Definitionfragen

Häufig findet man zur Frage nach der Definition von Antisemitismus eine Dreiteilung, der ich hier auch folgen möchte:²

1. Klassischer Antisemitismus

Hierunter werden die auch schon in der Vergangenheit gegen jüdische Menschen verbreiteten Vorurteile, Stereotype, Herabwürdigungen und Anfeindungen subsummiert, von angeblichen körperlichen Merkmalen über zugeschriebene Eigenschaften bis hin zu Überzeugungen wie z.B., „die Juden“ würden verdeckte Macht über politische Entscheidungen oder über die Medien ausüben.

2. Sekundärer Antisemitismus

Infolge der Schoah und auf sie bezogenen, sind seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges neue Formen von Antisemitismus hinzugekommen. Dazu zählen beispielsweise die Leugnung oder Relativierung der Schoah, die Behauptung, Juden würden die Schoah gezielt für eigene Zwecke instrumentalisieren, aber auch die Forderung nach einem „Schlusstrich“ in Bezug auf die Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte der NS-Zeit.

3. Israel-bezogener Antisemitismus

Damit werden wir uns im Folgenden näher befassen, weil hier Fragen nach der Definition umstritten sind.

Ich setze Konsens über die ersten beiden Formen von Antisemitismus und deren Widerwärtigkeit voraus. Dies schließt natürlich nicht aus, dass bisweilen als antisemitisch zu klassifizierende Stereotype in Einzelfällen ja durchaus zutreffen können – insoweit z.B. jüdische Menschen auch entsprechend zugeordnete Merkmale oder Namen aufweisen können, einzelne Akteur*innen aus jüdischen Gemeinden tatsächlich Einfluss auf politische oder gesellschaftliche Entscheidungsprozesse ausüben oder auch jede andere Form von Fehlverhalten an den Tag legen können, oder von israelischen Politikern gezielte Bezugnahmen auf die Schoah tatsächlich politisch instrumentalisiert werden. Es ist die pauschalisierte Zuweisung solcher Stereotype auf jüdische Menschen, weil sie jüdisch

² z.B. im *Monitor Wahl- und Sozialforschung* der Konrad-Adenauer-Stiftung (D. Hirndorf, Antisemitische Einstellungen in Deutschland, Berlin 2023).

sind, die sie als antisemitisch ausweist. In der in Fn. 1 genannten ‚Handreichung‘ halte ich fest: „Im weitest möglichen Sinn kann unter Antisemitismus verstanden werden, wenn jüdische Menschen danach bewertet werden, dass sie jüdisch sind.“

Eine andere Form der Unterscheidung, die – wiewohl von weitreichender Tragweite – meist weniger bedacht und gewichtet wird, ist die nach

– emotional empfundenem und beschriebenem Antisemitismus gegenüber

– rational-formal und akademisch beschriebenen und definierten Formen von Antisemitismus.

Besonders verbreitet wurde in den letzten Jahren die 2016 von der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) herausgegebene und meist nach ihr beannte „IHRA-Definition“.³ Diese versteht sich ausdrücklich als „Arbeitsdefinition“, wurde aber dennoch inzwischen von offiziellen und staatlichen Akteuren und Institutionen übernommen.⁴ Sie lautet:

Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.

Die deutsche Bundesregierung hat 2017 durch Kabinettsbeschluss diese Definition übernommen⁵ und sie durch einen Zusatz erweitert:

Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.

Im IHRA-Text wird stattdessen unter „Beispiele zur Veranschaulichung“ an erster Stelle genannt:

³ <https://holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition-antisemitismus> (zul. aufger. 3.8.24).

⁴ Eine eindrucksvolle Liste von 43 Staaten sowie internationalen Institutionen, die die IHRA-Definition anwenden oder unterstützen, ist auf der Website der IHRA zu finden: <https://holocaustremembrance.com/resources/working-definition-antisemitism> (zul. aufger. 3.8.24).

⁵ <https://www.antisemitismusbeauftragter.de/Webs/BAS/DE/bekaempfung-antisemitismus/ihra-definition/ihra-definition-node.html> (zul. aufger. 3.8.24).

Erscheinungsformen von Antisemitismus können sich auch gegen den Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, richten.

Die wichtige Präzisierung, die der IHRA Text hier anschließt:

Allerdings kann Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden.

fehlt dagegen im Beschlusstext der Bundesregierung. Es handelt sich dabei also, genau genommen, um eine Abwandlung der IHRA-Definition, nicht um deren Übernahme.⁶

Weil die IHRA-Definition solche Eingriffe und divergierende Interpretationen zulässt, ist sie in der Wissenschaft und darüber hinaus sehr stark umstritten.⁷ Dennoch wird hier eine ausdrücklich als „nicht rechtsverbindlich“ formulierte Arbeitsdefinition auf eine behördlich scheinbar verbindliche Ebene gehoben, was aber juristisch nicht standhält.⁸ Auch hat der Umgang mit an der IHRA-Definition verknüpften Vorgaben in Politik und Verwaltung immer wieder heftige Kontroversen produziert. Indem öffentliche Strukturen an diesen Missständen dennoch unbeirrt und offenbar unbelehrbar festhalten⁹, werden dem Kampf gegen Antisemitismus ohne jede Not Steine in den Weg gelegt.

⁶ Der israelisch-deutsche Journalist Joseph Croitoru spricht in der *SZ* v. 21.7.2020 („Was ist Antisemitismus? Die jüngere Geschichte dieses Begriffs ist bewegt – und widersprüchlich“) von einer „Textmontage“.

⁷ https://en.wikipedia.org/wiki/Working_definition_of_antisemitism#Criticism (zul. aufger. 3.8.24).

⁸ T. Wahl/L. Zechlin, Die Implementierung der IHRA-Arbeitsdefinition Antisemitismus ins deutsche Recht – eine rechtliche Beurteilung, <https://verfassungsblog.de/die-implementation-der-ihra-arbeitsdefinition-antisemitismus-ins-deutsche-recht-eine-rechtliche-beurteilung/> (18.12.23; zul. aufger. 3.8.24).

⁹ Selbst bei gerichtlicher Verurteilung durch alle Instanzen, wie das in München wiederholt geschehen ist; zuletzt dargestellt von Bernd Kastner in der *SZ* v. 16.7.2024 („Tappt München in die Antisemitismus-Falle? Immer wieder kippen Gerichte die Verbote von pro-palästinensischen Veranstaltungen. Missachtet die Stadt die Grundrechte der Aktivisten – und welche Rolle spielt der Oberbürgermeister bei dem strikten Kurs?“). – Eine Verteidigung der IHRA-Definition versucht R. Sigel, Die Arbeitsdefinition „Antisemitismus“ der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) – Entstehung, Kritik, Vorzüge, *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik* 6, 2022, 125–137, <https://rdcu.be/cQO4I> (zul. aufger. 3.8.24). Robert Sigel ist für die Geschäftsstelle des ‚Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe‘ tätig. Er hält in seinem Beitrag ausdrücklich fest: „In Bayern ist die Verbreitung der IHRA-Definition eines der Kernelemente der Tätigkeit des Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, hier haben bereits mehr als 70 Institutionen, darunter der Bezirke-, Landkreis-, Städte- und Gemeindetag, der Verband der Bayerischen Wirtschaft, der DGB Bayern, die Caritas und der bayerische Jugendring diese Definition angenommen, anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2021, auch der FC Bayern München.“ (Fn. 5).

Schon 2021 haben deshalb „internationale Wissenschaftler:innen, die in der Antisemitismusforschung und in verwandten Bereichen arbeiten, darunter Jüdische Studien, Holocaust-, Israel-, Palästina- sowie Nahoststudien“, unter Einbeziehung auch „von Rechtswissenschaftler:innen und Vertreter:innen der Zivilgesellschaft“ die „Jerusalem Declaration on Antisemitism“ (JDA; „Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus“, Zitate aus der Präambel übernommen) herausgegeben.¹⁰ Ihr Kernsatz lautet:

Antisemitismus ist Diskriminierung, Vorurteil, Feindseligkeit oder Gewalt gegen Jüdinnen und Juden als Jüdinnen und Juden (oder jüdische Einrichtungen als jüdische).

In den dazu aufgestellten „Leitlinien“ wird nicht nur präzisiert, wann u.a. auf Israel und Palästina bezogene Positionen antisemitisch sind, sondern auch, wann das nicht *per se* der Fall ist. Damit korrigiert die JDA die Schwächen der IHRA-Definition, verbessert und präzisiert diese, mit dem erklärten Ziel: „Anstatt zu spalten zielt sie darauf ab, alle Kräfte im Kampf gegen Antisemitismus breitestmöglich zu vereinen.“ (JDA, Fragen und Antworten, letzter Satz).

Angegriffen wurde und wird die JDA aber dennoch, besonders weil sie in Leitlinie 14 (von 15) festhält, dass „Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen“ als „gängige, gewaltfreie Formen des politischen Protests gegen Staaten“ im Falle Israels „nicht *per se* antisemitisch“ sind. Von Gegnern der JDA wird dies als Unterstützung der sog. „BDS“-Bewegung interpretiert, obwohl der Text zu Leitlinie 14 festhält, dass die Unterzeichnenden „unterschiedliche Ansichten zu BDS“ vertreten und in Leitlinie 14 BDS ausdrücklich *nicht* unterstützt wird.

Anliegen dieses Beitrags ist nun aber nicht, die viel debattierte Kontroverse um „BDS“ aufzugreifen oder zu vertiefen, zumal ich dazu schon wiederholt Stellung genommen habe.¹¹ Es gibt vielmehr auf anderen Ebenen Vieles zur Thematik zu sagen, was in hitzigen Kontroversen um

¹⁰ <https://jerusalemdeclaration.org> (dort auch die deutsche Fassung; zul. aufger. 3.8.24).

¹¹ S.J. Wimmer, Stellungnahme zur Jerusalem Declaration on Antisemitism und zu „BDS“, *Abrahams Post* 41, 2022, 17-18; Alle Instanzen für die Meinungsfreiheit, *Abrahams Post* 40, 2022, 27; Weltoffenheit, *Abrahams Post* 38, 2021, 25-28; Wer ‚Antisemitismus‘ ruft, wo keiner ist, der schadet dem Kampf gegen Antisemitismus!“ (Shimon Stein“), *Abrahams Post* 35, 2019, 21-23; „Gegen jeden Antisemitismus!“ Zu einer Resolution des Münchner Stadtrats, *Abrahams Post* 32, 2018, 24; Der Boykott muss aufhören! Offener Brief an alle, die sich um Israel sorgen, *Abrahams Post* 31, 2017/18, 22-25.

Formulierungen und Positionierungen nicht genügend strukturiert behandelt oder gar nicht angesprochen wird.

Wer sich zum Israel-bezogenen Antisemitismus äußert, darf nicht gleichzeitig für sich beanspruchen, den Israel-Palästina-Konflikt nicht thematisieren zu wollen. Ich will in diesem Beitrag den Israel-Palästina-Konflikt nicht als solchen abhandeln, kann (und will) ihn aber nicht ausklammern und muss natürlich thematische Überschneidungen bearbeiten. Ich darf dabei für mich eine tiefe Vertrautheit – mit beiden Seiten und von innen her – beanspruchen. Ich verdanke Israel die wertvollsten Jahre meiner Biographie. Ich war in den 1980er und 90er Jahren Teil der israelischen Studierenden-Community und habe meinen Dokortitel an der Hebräischen Universität erworben. Ich fühlte mich als Nicht-Jude angenommen und sehr weit integriert in die (jüdisch-)israelische Gesellschaft. Als Blick auf die jüdische Diaspora wurde mir mitgegeben, dass dort auf Israel Einfluss ausgeübt wird und politische Perspektiven vertreten werden, von Menschen, die das Leben vor Ort nicht teilen und es oft nur von außen beobachten. Später heiratete ich eine muslimische Palästinenserin aus Nablus in der Westbank und lernte auch die Lebenswirklichkeit dort von innen her authentisch kennen. Auch wenn diese Ehe inzwischen nicht mehr besteht, unterhalte ich weiterhin sehr enge Verbindungen zu beiden Seiten. Ich kann um diese sehr persönlichen Bekenntnisse – die man als deplatziert empfinden könnte – hier deshalb nicht umhin, weil ein Mangel an Vertrautheit mit den verschiedenen Wirklichkeiten vor Ort im Zentrum der Problematik steht, mit der wir uns hier befassen.

Der israelisch-deutsche Direktor der Bildungsstätte Anne Frank, der Publizist Meron Mendel, hat das pointiert thematisiert:

„Israelis und Palästinenser haben einen ähnlichen Sinn für Humor. Wir schmunzeln gerne über die Deutschen, eine Nation mit 80 Millionen Nahostexperten. Auch wenn wir es nur selten offen sagen, wissen wir es alle: Die leidenschaftlichsten Unterstützer der israelischen und der palästinensischen Sache leben in Deutschland – aber die meisten von ihnen haben nicht die leiseste Ahnung von der Situation vor Ort.“¹²

Das Zitat beschreibt mit orientalistisch überspitzten Superlativen eine Wirklichkeit, die in vielen Fällen in die Antisemitismus-Falle, der wir hier nach-

¹² Zitiert nach Ronen Steinke, „Gebrauchsanweisung zur Israel-Debatte“, SZ 8.3.2023.

gehen wollen, führt: „Ahnungslosigkeit“ (in Mendels Darstellung), oder jedenfalls unzureichende Vertrautheit mit der enormen Komplexität des Israel-Palästina-Konflikts, generiert in der Tat häufig Fehleinschätzungen oder falsche Vorgaben zum Israel-bezogenen Antisemitismus. Noch weiter verbreitet ist mangelnde Kompetenz *für beide Seiten* des Israel-Palästina-Konflikts bei denen, die sich zum Israel-bezogenen Antisemitismus äußern.

Dieser einseitige Kompetenzmangel ist in beide Richtungen gleichermaßen wirksam. Während dieser Vortrag gehalten wurde, auch in den Wochen davor und danach, hat sich auf dem Platz gegenüber der Ludwig-Maximilians-Universität (Professor-Huber-Platz) ein eindrucksvolles Protest-Camp von Palästina-Unterstützer*innen formiert. Ich bin davon überzeugt, dass viele der Aktivist*innen dort, wenn auch vielleicht nicht alle, vertiefte Kenntnisse und mehr oder weniger enge, freundschaftliche oder familiäre Beziehungen zur palästinensischen Seite geltend machen können. Ich frage mich aber, ob und wie weit sie auch mit den diversen Lebenswirklichkeiten jüdischer Israelis vertraut sind? Auf der zur Universität hin gelegenen Seite des Platzes (Geschwister-Scholl-Platz) haben sich zeitweise Israel-Unterstützer*innen von der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und von der Initiative „München ist bunt!“ positioniert. Auch hier gehe ich davon aus, dass die Aktivist*innen über spezielle Kenntnisse, eigene Erfahrungen und persönliche Beziehungen zur israelischen Seite verfügen. Ich frage mich aber, wie intensiv sie sich auch mit der Lebenswirklichkeit palästinensischer Menschen auseinandersetzen, wie viel davon sie erfahren haben und an sich heran lassen.

Ich wurde während der Vorbereitung dieses Vortrags von einer mir persönlich und auch öffentlich bekannten jüdischen Person auf eine bemerkenswerte Rede aufmerksam gemacht, die Prof. Dr. Dr. h.c. Monika Schwarz-Friesel, Antisemitismusforscherin an der TU Berlin, am 3.5.2024 vor dem österreichischen Parlament, dem Nationalrat in Wien, gehalten hat.¹³ Anlass war eine Gedenkveranstaltung gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus. In ihrer eindrucksvollen und mit langem, stehendem Applaus der Abgeordneten

¹³ <https://www.youtube.com/watch?v=DIWL7pWuEHA> (zul. aufger. 3.8.24).

quittierten Rede stellte sie die Bedrohung durch den wachsenden Antisemitismus auf verschiedenen Ebenen mit alarmierenden Worten dar. Zum Israel-bezogenen Antisemitismus nahm sie ebenfalls sehr dezidiert Stellung:

„Das saliente Symbol für jüdisches Leben und Überleben in der Welt ist Israel und deshalb der Stachel im Geist aller modernen Antisemiten. Israel-bezogener Antisemitismus ist weder ein neuer, noch ein politischer Empörungsantisemitismus und er liegt auch nicht im Nahostkonflikt begründet. Er hat keine andere Kausalitätsstruktur als den alten Antijudaismus, wobei der Konflikt als Katalysator fungiert.“

Während ich weite Teile der 15-minütigen Rede von Prof. Schwarz-Friesel nachdrücklich unterstützen möchte, offenbart jedoch die zitierte Passage eine erschreckend verzerrte und entstellende Sichtweise auf den Israel-Palästina-Konflikt. „Israel-bezogener Antisemitismus (...) liegt auch *nicht* im Nahostkonflikt begründet. (...) Er hat *keine* andere Kausalitätsstruktur als den alten Antijudaismus (...).“ (Die von mir kursiv gesetzten Worte wurden im Vortrag betont.) Hier wird eine Herauslösung des Israel-bezogenen Antisemitismus' aus dem Israel-Palästina-Konflikt eingefordert, was aus wissenschaftlich-fachlicher Integrität ebenso unhaltbar ist, wie aus emotional-menschlicher Sicht unerträglich. Die historische Entwicklung von mehr als hundert Jahren und die gegenwärtige Realität wird auf *eine* Perspektive eingeengt, die eben keineswegs „die israelische“, schon gar nicht „die jüdische“ Sichtweise wiedergibt, und die die palästinensische Geschichte und Lebenswirklichkeit ganz gezielt und gewollt verschweigt und es für „antisemitisch“ erklärt, sie zur Sprache zu bringen.

In der Mitteilung, mit der unter anderen ich auf die Rede aufmerksam gemacht wurde, wird formuliert: „Ich werde immer wieder gefragt, wie es mir geht. Das ist unsere Realität.“ Wenn aber zentrale Komponenten der Realität derart gezielt ausgeblendet und ihre Verdrängung vorgegeben wird, dann ist schwer vorstellbar, wie denn die Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit und die Bewältigung auch der durch den 7. Oktober verursachten Traumata hier in Deutschland gelingen und überhaupt erst angegangen werden sollen.

Antisemitismus im Israel-Palästina-Konflikt

Keinesfalls soll mit der Beurteilung der eben zitierten, extrem verengten Darstellung nun umgekehrt der genauso extrem verengte Eindruck genährt werden, dass im Israel-Palästina-Konflikt der klassische Antisemitismus nicht wirksam wäre. Ich habe die Motive und Stereotypen primitivster, dumpfer und böswilliger Judenfeindschaft in allen arabischen Ländern, die ich persönlich kenne, ebenso wahrgenommen, wie ich allgegenwärtige Bewunderung für Hitler und den Holocaust (wiewohl dieser, nichtsdestotrotz, gleichzeitig geleugnet wird!) erlebt habe. In Filmen, Buchauslagen, in schulischer Erziehung, aber auch in persönlichen Gesprächen ist dieser Judenhasse präsent. Das kann so weit gehen, dass es gesellschaftlich schlicht nicht akzeptabel ist, Juden nicht kollektiv zu verurteilen! Dabei ist dieser Eindruck, nach meiner Wahrnehmung, in den anderen arabischen Ländern noch stärker, als bei Palästinensern selbst; vielleicht, weil diese immerhin unter bestimmten Voraussetzungen auch die Chance haben können, Israelis nicht nur als radikalisierten Siedlern oder Soldaten, sondern auch als Menschen mit allen Stärken und Schwächen zu begegnen. In den meisten arabischen Ländern ist das so gut wie nicht der Fall. Relativiert werden muss diese Feststellung zwar mit Blick auf diejenigen Länder, die Friedensabkommen mit Israel geschlossen haben und, wie z.B. die VAE in den letzten Jahren, israelischen Tourismus ermöglichen. Doch zeigt das Beispiel Ägypten, mit dem seit 1979 ein „offizieller Friedenszustand“ herrscht, dass extremste Formen von Antisemitismus auch dort weiterhin gedeihen und genährt werden.¹⁴ Im Jahr 2002 hat etwa das ägyptische Fernsehen, ganz gezielt im Monat Ramadan, eine Serie ausgestrahlt, der die „Protokolle der Weisen von Zion“ als authentisch unterlegt waren.¹⁵ Internationale Proteste unter Berufung darauf, dass die „Protokolle“ eine nachgewiesene antisemitische

¹⁴ Ein Gegenbeispiel stellt Marokko dar, wo schon immer traditionell gute Beziehungen zwischen Muslimen und Juden vorherrschten. Der Abschluss der „Abraham Accords“ 2020 zwischen Israel und Marokko stellte hier daher keine Kehrtwende dar, sondern dürfte primär mit der damit verbundenen Anerkennung von Marokkos langjähriger Annexion der West-Sahara durch die USA unter Präsident Trump begründet sein; s dazu S.J. Wimmer, Die sog. ‚Abraham Accords‘ (2020) – und was sie uns angehen. Versuch einer Einordnung; Beitrag zur Tagung *Im Zeichen Abrahams – wie Juden, Christen und Muslime in Europa kooperieren* des Abrahamischen Forums in Deutschland e.V. in der Evangelischen Akademie Tutzing, 4.-6.7.2024 (Publikation in Vorbereitung).

¹⁵ Die 41-teilige Serie „Reiter ohne Pferd“ wurde 2012 und 2013 erneut ausgestrahlt; <https://www.memri.org/reports/egyptian-writer-praises-antisemitic-egyptian-television-drama-series-horseman-without-horse> (zul. aufger. 3.8.24).

Agitation des zaristischen Russlands sind, wurden in der Öffentlichkeit damit beiseite gewischt, dass deren Inhalte, selbst wenn sie erfunden seien, doch das wirkliche Vorgehen Israels und von Juden weltweit beschreiben würden...

Bekannt wurde ein vom palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas verursachter Eklat, als er bei einem Besuch im Bundeskanzleramt in Berlin im August 2022 auf die Frage von Journalisten, ob er zum 50. Jahrestag des von palästinensischen Terroristen verübten Anschlags auf die israelische Mannschaft bei den Olympischen Spielen in München eine Entschuldigung aussprechen wolle, stattdessen erklärte: „Israel hat seit 1947 bis zum heutigen Tag 50 Massaker in 50 palästinensischen Orten begangen. 50 Massaker. 50 Holocausts.“¹⁶ Er bezeichnete dann allerdings nachträglich, im Sinne einer Entschuldigung für die verbale Entgleisung, den Holocaust „das abscheulichste Verbrechen der modernen menschlichen Geschichte.“¹⁷ Als Abbas ein Jahr später den Judenhass Hitlers und der Nationalsozialisten auf das Verhalten von Juden in der Gesellschaft, „in Bezug auf Wucher, Geld usw. usw.“ zu beziehen versuchte, distanzierten sich 75 palästinensische Intellektuelle und Aktivisten öffentlich von seinen Äußerungen und stellten klar, dass der Genozid der Nazis am jüdischen Volk aus „Antisemitismus, Faschismus und Rassismus“ geschah.¹⁸

Es muss in diesem Zusammenhang auch auf Äußerungen des israelischen Premierministers Benjamin Netanjahu hingewiesen werden, der 2015 mit seinem bizarren Versuch, das Bestreben nach Vernichtung der Juden nicht Hitler, der Juden angeblich nur aus Deutschland ausweisen hätte wollen, sondern dem palästinensischen Großmufti von Jerusalem Amin al-Husseini zuzuschreiben, eine ganz ähnlich widerwärtige Instrumentalisierung der Schoah für politische Agitation an den Tag legte.¹⁹

Tatsächlich werden Vergleiche, im Sinne von Gleichsetzung mit den Nazis und ihren Verbrechen, von Palästinensern gegen Israel, von Israelis

¹⁶ Zitiert nach SZ v. 17.8.2022 („Eklat im Kanzleramt. Abbas wirft Israel in Berlin ‚Holocaust‘ an Palästinensern vor“).

¹⁷ Zitiert nach M. Mendel in der SZ v. 20./21.8.2022 („Die Fälscher. Warum die Entgleisung von Mahmud Abbas erneut zeigt: Im Nahostkonflikt versuchen alle Seiten, den Holocaust zu instrumentalisieren“).

¹⁸ Haaretz v. 11.9.2023 („Dozens of Top Palestinian Intellectuals Condemn Abbas' Holocaust Revisionism“).

¹⁹ wie Fn. 17.

gegen Palästinenser, von Deutschen gegen Israel und von Israelis gegen das heutige Deutschland vorgebracht. In allen solchen Fällen handelt es sich um sekundären Antisemitismus.

Klassischer Antisemitismus, wie von Schwarz-Friesel als alleiniger Faktor hingestellt, aber auch sekundärer Antisemitismus können also, sehr dezidiert, als Gründe für die Ablehnung eines jüdischen Staates in Frage kommen. Doch sind damit bei weitem noch nicht alle Gründe benannt.

Wenn Palästinenser mit der Gründung eines jüdischen Staates in Palästina nicht einverstanden sind, dann ist diese Ablehnung ja zunächst einmal naheliegend, nachvollziehbar und begreiflich, nicht verwerflich und natürlich nicht a priori antisemitisch motiviert. Wäre in Palästina ein Hindustaat, ein griechischer oder ein deutscher Staat gegründet worden, dann würde sich die Ablehnung, und daraus resultierend auch der Widerstand, die Gewalt und der Hass der Betroffenen offensichtlich nicht gegen jüdische Menschen, weil sie jüdisch sind richten, sondern gegen Hindus, Griechen oder Deutsche, weil sie sich Land angeeignet haben, das Palästinenser als das Ihre begreifen. Die Frage, ob das Land, oder Teile davon, für einen jüdischen Staat zur Verfügung stehen soll, kann unterschiedlich beantwortet werden, und es ist Tatsache, dass sie weltweit auch heute noch unterschiedlich beantwortet wird.

Aus deutscher Perspektive kann sie nicht verneint werden, und hier besteht für Menschen, die sich mit Deutschland identifizieren, auch kein Diskussionsspielraum.

Es kann aber umgekehrt auch die Befürwortung eines jüdischen Staates antisemitisch motiviert sein. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war ja tatsächlich bis zu gewissen Graden die Vorstellung verbreitet, die Gründung eines Judenstaates sollte unterstützt werden, damit in Europa möglichst keine jüdischen Menschen mehr verblieben. Heute bestehen Formen sehr engagierter Unterstützung für Israel bei evangelikalen Strömungen in den USA, die mit der Rückkehr von Juden in ihr Land Prophezeiehungen zur Wiederkunft Jesu Christ erfüllt sehen und eine darauf dann folgende Bekehrung aller Juden zum Christentum erwarten. Auch diese sehr verbreitete und stark wirksame Form von zionistischer Unterstützung ist somit antisemitisch motiviert. Umgekehrt existieren jüdische extremistische Strömungen, die aus ihrem Religionsverständnis einen säkularen

jüdischen Staat vehement ablehnen und seine Vernichtung fordern, weil er nach ihrer Überzeugung dem Kommen des Messias im Wege stünde.

Die Wirklichkeit ist also sehr viel komplexer, als die vielfach vorgegebene Gleichsetzung „Antizionismus = Antisemitismus“ suggerieren soll. Antizionismus wird von der Bundeszentrale für politische Bildung definiert als

*politische Ideologie, die sich gegen den Zionismus und damit gegen den Staat Israel als jüdischen Staat wendet.*²⁰

Zutreffend wird weiter festgestellt:

Antizionismus geht oft mit Antisemitismus einher, Antisemiten nutzen in ihrer Propaganda häufig den weniger tabuisierten Antizionismus.

„Oft“ und „häufig“ bedeuten aber nicht „immer“. Antizionismus überschneidet sich mit Antisemitismus, ist aber keine Teilmenge davon und natürlich nicht damit identisch. Wenn in der politischen und öffentlichen Diskussion jede antizionistische Position als „antisemitisch“ gebrandmarkt wird, dann wird der Kampf gegen Antisemitismus unter Umständen aus falschen Voraussetzungen heraus geführt – und damit beschädigt.

Freilich ist ein oft vorgebrachter Denkanstoß berechtigt: Wenn es den Staat Israel nicht oder nicht mehr gäbe, dann wäre Antisemitismus ohne Zweifel dennoch weltweit verbreitet. Der Umkehrschluss kann aber doch nicht heißen, dass die Politik des Staates Israel gegenüber Palästinensern keinen Einfluss auf den Antisemitismus weltweit hätte. Wäre der Israel-Palästina-Konflikt, endlich, einer gerechten Friedenslösung zugeführt, dann würde dem Antisemitismus weltweit in enormem Maße Zündstoff entzogen.

Antisemitismus kann Zündstoff sein und wird ganz unbestreitbar tatsächlich sehr massiv vermengt mit der Ablehnung Israels. Antisemitismus muss aber nicht zwingend deren Ursache sein. Hier nicht zu differenzieren, führt in die Antisemitismus-Falle.

Beispiele für solchermaßen kontraproduktives Vorgehen sind in der Folge des 7. Oktobers mehrfach in München bekannt geworden. Schon bei der Solidaritätskundgebung am St.-Jakobs-Platz am 12. Oktober 2023, als Vertreter der Kirchen zu Stellungnahmen gebeten wurden, wären Münchner Imame bereit gestanden, sich ebenfalls öffentlich zu positionieren. Sie

²⁰ <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/500763/antizionismus> (zul. aufger. 3.8.24).

waren aber vonseiten der IKG nicht erwünscht.²¹ – Bei der Kundgebung kündigte OB Reiter öffentlich an, „pro-palästinensische Demonstrationen“ zu verbieten. Auch wenn die Absicht dahinter sicherlich darin bestanden haben dürfte, extremistische Meinungsäußerungen in der Öffentlichkeit zu unterbinden, implizierte die Äußerung, dass die Entrechtung der Palästinenser und ihre Opfer im Gazakrieg öffentlich totgeschwiegen werden müssten. – Während prominente Münchner Imame sehr rasch und entschieden den Terror von „ Hamas“ verurteilten, intern in den Moscheen genauso wie nach außen, wurde und wird weiterhin in den Raum gestellt, „die Muslime“ würden sich nicht oder nicht ausreichend distanzieren. – Muslime in München regten von sich aus ein gemeinsames, öffentliches Gebet auf dem Marienplatz zusammen mit jüdischen und christlichen Religionsgemeinschaften an, wurden aber selbst damit extremistischer Gesinnung bezichtigt, sodass das Gebet, das unter Schirmherrschaft des OB gestanden hätte, abgesagt wurde. Die Erschütterung und damit der Schaden für den gesamtgesellschaftlichen Frieden ist enorm. – Kardinal Marx hat in einem Interview für das Magazin „Focus“ in der Weihnachtszeit seine Kritik an der Gewaltbefürwortung islamischer Autoritäten mit der Forderung „Stoppt diese Religion!“ verbunden, was die Grenze zwischen Kritik am Missbrauch von Religion und islamfeindlicher Hetze klar überschreiten würde. Er hat intern auf Anfrage klargestellt, dass er das so nicht verstanden haben möchte, aber (noch) nicht öffentlich oder gegenüber Muslimen.

In München empfinden muslimische Menschen aufgrund dieser und vieler weiterer Signale, dass sie mit einem pauschalisierten Antisemitismusvorwurf gezielt ausgegrenzt werden und dass ihre Sichtweisen nicht zur Sprache gebracht werden dürfen. Wir sind hier dabei, eine Fehlentwicklung sehenden Auges zu befördern, die für das gesellschaftliche Miteinander verheerende Konsequenzen haben muss! Nicht nur der Antisemitismus, sondern auch die Islamfeindlichkeit nimmt seit dem 7. Oktober explosionsartig zu. Dabei war und ist Islamfeindlichkeit ohnedies schon die am weitesten in der Gesellschaft verbreitetste Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Der Kampf gegen Antisemitismus und der gegen Islamfeindlichkeit müssten gemeinsam geführt werden – denn

²¹ Die Verweigerung seitens der IKG wurde von mehreren bei der Kundgebungen involvierten Persönlichkeiten intern kolportiert. Zumindest indirekt bestätigt sie die Präsidentin der IKG Charlotte Knobloch mit Ihren Aussagen zu Imam Benjamin Idriz in der SZ v. 28.3.2024 (B. Kastner/A. Schlaier, „Das große Schweigen nach dem Terror“).

erst dann wäre glaubwürdig vertretbar, dass es dabei nicht um einseitige Solidarisierung und um Angrenzung gegen andere ginge. Die Verweigerung des interreligiösen Gesprächs mit den zentralen muslimischen Partnern, wie sie seit dem 7. Oktober in München von den beiden jüdischen Gemeinden ausgeht, führt in die Antisemitismus-Falle und sollte nicht länger hingenommen werden.²² Was wir im Interesse der gesamten Stadtgesellschaft sehr dringend brauchen, ist mehr Kommunikation, mehr Offenheit, mehr Kooperation, nicht das Gegenteil!

Mechanismen

Welche Mechanismen sind es, die aktuell so verheerend in eine Richtung wirksam sind, welche den Antisemitismus befördert und befeuert, und die den Kampf gegen ihn behindern und erschweren?

Es ist eine **selektive Lagersolidarisierung**, die die Unterstützer*innen der einen wie der anderen Seite fast immer kennzeichnet. Auf Positionen, die das Vorgehen der jeweiligen Seite rechtfertigen, deren jeweilige Ansprüche verabsolutieren und die Rechte und Perspektiven der „Gegenseite“ ganz gezielt ausblenden, delegitimieren oder relativieren, richtet sich das volle Engagement. Sie werden verbreitet, propagiert und wie in einem Wettbewerb ohne Ende gegen die Unterstützer der „anderen Seite“ mobilisiert. Wem es dabei gelingt, die Wahrnehmung zu dominieren, gewinnt. Das erinnert bisweilen an die leidenschaftliche Hingabe von Fußballfans oder Groopies – doch ist die Thematik alles anderes als belanglos. Sie ist existenziell. Zur Lösung des Konflikts in Israel/Palästina selbst tragen diese Positionierungen nichts bei; sie gefährden aber ganz konkret und akut das gesellschaftliche Miteinander hier bei uns.

Sogenannte und oft selbsternannte „Freunde Israels“, zum Beispiel, tappen in ihrer kritiklos selektiven Lagersolidarisierung kontinuierlich in die Antisemitismus-Falle, weil sie, konträr zu ihrer eigentlichen Absicht, dem Kampf gegen Antisemitismus schaden. Sie schaden auch Israel, dem Objekt ihrer Solidarisierung – denn „Israel“ besteht in Wirklichkeit aus einem bewundernswert vielschichtigen und vielgesichtigen Gemenge sehr

²² Vgl. Bernd Kastner und Andrea Schlaier in der *SZ* v. 28.3.2024 („Das große Schweigen nach dem Terror. Der Krieg in Nahost hat in München tiefe Gräben aufgerissen, zwischen Juden und Muslimen, Israelis und Palästinensern“).

diverser Sichtweisen; dies zu reduzieren auf eine eingleisige „Solidarität mit Israel ohne Wenn und Aber“, empfinden Teile der israelischen Zivilgesellschaft als kontraproduktiv und schädlich.

Die Sicherheit Israels kann, nach rationalen Maßstäben, dauerhaft nur durch eine gerechte Friedenslösung garantiert werden. Eben darin liegt ja gerade auch die viel zitierte deutsche Staatsräson, wie Bundeskanzlerin Angela Merkel sie 2008 vor der Knesset in Jerusalem formuliert hat:

„Diese historische Verantwortung ist Teil der Staatsräson meines Landes. Das heißt, die Sicherheit Israels ist für mich als deutsche Bundeskanzlerin niemals verhandelbar. Und wenn das so ist, dann dürfen das in der Stunde der Bewährung keine leeren Worte bleiben. Deutschland setzt gemeinsam mit seinen Partnern auf eine diplomatische Lösung.“²³

Wem also aufrichtig die Existenz und Sicherheit des jüdischen Staates ein Anliegen ist, der wird auf allen Wegen und Kanälen auf eine gerechte Friedenslösung mit den Palästinensern drängen müssen.²⁴ Und damit leistet er/sie zugleich einen ganz zentralen Beitrag im Kampf gegen jeden Antisemitismus.

Nun ist ja andererseits emotional verständlich, dass jüdische Menschen, Betroffene und Unterstützer nach der Terrorinvasion der „Hamas“ am 7. Oktober zuerst einmal nicht auf die Leidensgeschichte der Palästinenser schauen möchten, von der die Barbarei an diesem Datum doch nicht loszulösen ist. So wie es verständlich ist, dass Palästinenser, Betroffene und Unterstützer, bei dem seitdem täglich bezeugten Grauen in Gaza sich nicht auch das Selbstverteidigungsrecht jenes Staates auf die Fahne schreiben, auf den allein sie ihr anhaltendes Leid projizieren. So verständlich das eine wie das andere emotional sein mag, so anerkennenswert oder sogar bewundernswert solch leidenschaftliches Engagement sein mag – so verheerend und kontraproduktiv wirkt dieses Verhalten, in beiden Richtungen. Denn aus diesem selektiven Lagerdenken, dem selektiven Lageraktivismus und der selektiven Lagersolidarisierung besteht die DNA des Konflikts!

²³ <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/newsletter-und-abos/bulletin/rede-von-bundeskanzlerin-dr-angela-merkel-796170> (zul aufger. 3.8.24).

²⁴ „Es wird keinen Frieden für Israel geben, ohne Freiheit für die Palästinenser, und es wird keine Freiheit für die Palästinenser geben, ohne Frieden für Israel“, S.J. Wimmer, Frieden und Freiheit für Israel und Palästina. Es liegt auch an uns, den Teufelskreis zu brechen, *Blätter Abrahams* 22, 2022, 187-194.

Wie weit das selektive Lagerdenken bis ins offenkundig Absurde hineinreichen kann, zeigten z.B. die Reaktionen der israelischen Regierung und ihrer Unterstützer, die in der Beantragung von Haftbefehlen gegen die drei führenden Personen der „ Hamas“ (Yahya Sinwar, Mohammed Deif und Ismail Hanyieh) zum einen und gegen Premierminister Netanjahu und Verteidigungsminister Yoav Gallant zum anderen durch den Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofes Karim Khan im Mai 2024 eine Gleichsetzung israelischer Regierungsvertreter mit der „ Hamas“ in den Raum stellten – die damit in keiner Weise direkt oder indirekt verbunden war –, um sogleich auch den Vorwurf von „ neuem Antisemitismus“ gegen die höchstrangige internationale Institution zu erheben. Der Antisemitismusvorwurf wird hier massiv und ungeniert politisch instrumentalisiert, um berechnete Anliegen, die von den bedeutendsten Institutionen, über die die internationale Gemeinschaft verfügt, untersucht werden, zu delegitimieren und davon abzulenken. Auf diese Weise wird der Konflikt gezielt geschürt, um eine Lösung zu verhindern. Lösungsorientiert wäre, die Einschätzungen der internationalen Institutionen, denen ja strukturierte, längere Entscheidungsfindungsprozesse vorausgegangen sind, ernst zu nehmen und nach den nötigen Konsequenzen zu fragen, die daraus zu ziehen wären. Ähnliches gilt bei der Entscheidung für eine formale Anerkennung des „ Staates Palästina“, die in jüngster Zeit mehrere Staaten als Schritt hin zu einer Friedenslösung begründet haben. Dennoch wird auch dies regelmäßig und reflexartig als „ antisemitisch motiviert“ abgeschmettert, anstatt die Begründungen, und was sich aus ihnen ergäbe, in den Blick zu nehmen.

Freilich gilt Entsprechendes auch ganz ähnlich für die Seite der Palästinenser und ihrer Unterstützer. Die unfassbaren Verbrechen der „ Hamas“ vom 7. Oktober müssten doch zur Erkenntnis beitragen, dass Palästinensern auch, in erheblichem Maße, Mitverantwortung am eigenen Leid zukommt. Stattdessen wird dies in der Regel gezielt negiert, das Geschehen verdreht, relativiert oder geleugnet, und die eigene Opferrolle unter Berufung auf den Gazakrieg noch weiter verabsolutiert.

Wer die Fronten des Konflikts aber zwischen Israelis oder gar jüdischen Menschen auf der einen Seite und Palästinensern, Arabern oder gar muslimischen Menschen auf der anderen Seite zieht, ist oder wird selbst Teil des Konflikts. Gegenüber dieser Konfliktorientierung steht lösungsorientiertes Verhalten: objektiv und ehrlich zu analysieren und darzu-

stellen, welche Perspektiven jeweils ihre Berechtigung haben und wo welche Kritik angebracht ist – losgelöst von einer Lagersolidarisierung. Auf beiden Seiten sind viele Menschen aufrichtig um eine gerechte Friedenslösung bemüht, so wie auf beiden Seiten auch sehr massiv dagegen agitiert wird. Lösungsorientierung setzt bei der Solidarisierung mit den ersteren und dem entschlossenen Einsatz gegen die für den Konflikt Verantwortlichen an – egal ob sie jüdische, arabische, oder andere Menschen sind.

Notwendig ist dabei, sich mit den Perspektiven und Sichtweisen, den Lebenswirklichkeiten der „anderen“ aufrichtig zu befassen – was zu einer sehr herausfordernden Aufgabe werden kann, weil das immer auch die „Gefahr“ (in Wirklichkeit ist es eine Chance!) mit sich bringen kann, dass festgefahrene Überzeugungen in Frage gestellt werden. Ein Einstieg in diese mutige Richtung kann sein, wenigstens das unbestreitbare Leid auch der „anderen Seite“ zu sehen und anzuerkennen. Der Theologe Ottmar Fuchs hat in einem bemerkenswerten Beitrag für „mehreseitige Einseitigkeit“, im Sinne einer Solidarisierung mit unschuldigen Opfern den Weg gewiesen.²⁵

Man muss nicht jüdisch sein, um die Terrorinvasion der „ Hamas“ uneingeschränkt zu verdammen. Man muss nicht muslimisch sein, um das sofortige Ende des Leids der Menschen in Gaza zu fordern. Man muss nur Mensch sein. Dann aber kann man nur beides wollen.

Spezifika

Bei der Diskussion über Antisemitismus in Deutschland sind spezifische Einwände berechtigt und zu berücksichtigen.

Als ein erstes Beispiel sei auf die Ausstellung „Die Nakba. Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948“ verwiesen, die jüngst in München, in der städtischen Seidlvilla, gezeigt worden ist (8.5.-7.6.2024). Vorausgegangen war eine langwierige Auseinandersetzung der Veranstalter mit der Landeshauptstadt.²⁶ Die Ausstellung war für 2023 – 75 Jahre nach

²⁵ O. Fuchs, Nicht „ja-aber“, sondern „und“!, <http://feinschwarz.net/Nicht-ja-aber-sondern-und> (zul. aufger. 3.8.24).

²⁶ Bernd Kastner und Martina Scherf in der *SZ* v. 15.5.2024 („Ist diese Ausstellung antisemitisch?“). – Die Inhalte der Ausstellung sind dokumentiert in einem Begleitheft, herausgegeben von Flüchtlingskinder im Libanon e.V., Pfullingen 2023 (14. Aufl.).

der Nakba – vorgesehen. Städtische Räume wurden ihr aber verweigert, bis sich die Stadt gegen ihren erklärten Willen juristisch gezwungen sah, die Räume zur Verfügung zu stellen. Von Seiten der Stadt wird, wie schon bei diversen Veranstaltungen, die eine palästinensische Perspektive sichtbar machen, darauf verwiesen, dass hier sogenannte Resonanzräume für Antisemitismus geboten werden können. Dass also z.B. die Nakba-Ausstellung Türen öffnen kann, durch die „die Falschen“ stürmen. In der Ausstellung vermittelte Inhalte könnten von antisemitisch eingestellten Besuchern in ihrem Sinne gegen den jüdischen Staat und gegen jüdische Menschen genutzt und missbraucht werden, Antisemitismus könnte damit gefördert werden – was die Stadt unter keinen Umständen zulassen möchte. Dieser Einwand trifft ganz objektiv zu. Reicht er aber aus, um eine Darstellung historischer Wahrheit aus palästinensischer Sicht zu unterbinden? Fördert nicht der in München inzwischen seit Jahren in der Öffentlichkeit vorherrschende Eindruck, dass palästinensische Perspektiven auf den Israel-Palästina-Konflikt von der Landeshauptstadt regelmäßig attackiert und delegitimiert werden, seinerseits den Antisemitismus, auf sehr breiter Ebene?

Zweites Beispiel: Vor einigen Jahren wurde in den Münchner Zeitungen von einem Rechtsstreit der IKG gegen ein Gemeindemitglied berichtet, bei dem es um Steuerangelegenheiten in erheblicher Höhe ging.²⁷ Zweifellos kann die Berichterstattung Stereotypen des klassischen Antisemitismus bei jenen triggern, die dafür empfänglich sind. Wäre es daher geraten, auf die Berichterstattung zu verzichten, wenn und weil die Beteiligten jüdisch sind? Oder würde der Eindruck, dass deswegen nicht öffentlich berichtet worden wäre, wiederum antisemitische Stereotypen befördern?

Ein drittes Beispiel führt nach Jerusalem. In den letzten Jahren, und besonders verstärkt seit dem Amtsantritt der aktuellen Regierung (Ende Dezember 2022), kommt es in der Altstadt zu häufigen Übergriffen, Beleidigungen und Tätlichkeiten von orthodoxen Juden gegen Christen. Auch Sakralobjekte in Kirchen wurden zerstört.²⁸ In deutschen Medien wird darüber bisher nur sehr zurückhaltend berichtet. Eine internationale

²⁷ Stephan Handel in der *SZ* v. 26.8.2018 („Ein Bekenntnis und seine Kosten. Die Israelitische Kultusgemeinde geht gerichtlich gegen Kritik an ihrem Verhalten in einer Steuerangelegenheit vor“).

²⁸ Nir Hasson in *Haaretz* v. 26.3.2023 („Anti-Christian Hate Crimes in Jerusalem Soaring This Year“).

Konferenz, die dazu in Jerusalem einberufen wurde, wurde von Mitgliedern der israelischen Regierung sogleich als „antisemitisch“ stigmatisiert.

Der Umgang mit den spezifischen Einwänden zur Thematik ist ganz offensichtlich schwierig. Pauschalisierende Vorgaben helfen hier nicht weiter – sie können vielmehr in die Antisemitismus-Falle führen. Die Herausforderung, auch die Gefahr von potentiell Antisemitismus zu erkennen, ernst zu nehmen und ihr effektiv zu begegnen, stellt eine bleibende Aufgabe dar, die in jedem Fall immer wieder neu bedacht und durchdacht werden muss. Die Herausforderung kann zur Überforderung werden – was in München leider kontinuierlich zu beobachten ist. Wie sich zeigt, helfen hier nicht verbale Definitionen, mechanisches Schubladendenken und Labels, die nach vorgegebenen Kriterien vergeben werden – sondern führen eher in die Irre.

Richtig und wichtig bleibt aber in jedem Fall die Feststellung, dass keine Symmetrien im Umgang mit Antisemitismus in Deutschland vorliegen können. Der historische Kontext des Antisemitismus und seine Folgen sprengen in Deutschland mit der Schoah jede Dimension. Daneben gilt ebenso die Feststellung, dass Islamfeindlichkeit, wie schon bemerkt, die am weitesten verbreitete Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Deutschland darstellt. Beides ist also auf je eigene, besondere Weise ernst zu nehmen und zu bekämpfen. Die Forderung, dass beides gleichermaßen bekämpft werden muss, meint nicht, beides gleichzusetzen.

Die Unvergleichlichkeit der Schoah kann nicht geleugnet werden. Andere Fälle von Genozid aber mit dem Holocaust zu vergleichen, bedeutet nicht, diesen zu relativieren, sondern muss aufzeigen, wo ggf. Ähnlichkeiten vorliegen und worin die Unterschiede bestehen. Aktuell befasst sich der Internationale Gerichtshof in Den Haag mit der Frage, ob Israel in Gaza einen Völkermord verübt. Unterschiedliche Positionen dazu und eine ergebnisoffene Diskussion sind also legitim und müssten in einer Gesellschaft mit freier Meinungsäußerung erwünscht sein.

Wir alle sind auf die Lehren verpflichtet, die aus der Schoah zu ziehen sind. Diese werden allerdings unterschiedlich gewichtet. Manche würden daraus die Verantwortung ableiten, für jüdische Menschen und ihre Rechte einzutreten, deren Leid ganz besonders anzuprangern: „Nie wieder ist jetzt!“ bezieht sich dann auf Antisemitismus, auf Solidarität mit

Israel und auf ein entsprechendes Hintanstellen palästinensischer Positionen. Ist aber nicht gerade die Bewertung jüdischer Menschen danach, dass sie jüdisch sind, ein Grundmerkmal des Antisemitismus?

Andere leiten aus der Schoah ab, dass Menschen eben nie wieder nach Zugehörigkeit zu ethnischen oder anders definierten Gruppen bewertet werden dürfen: „Nie wieder ist jetzt!“ kann dann auch auf Gaza, auf Islamfeindlichkeit und jede andere Form der Ausgrenzung von Menschen bezogen werden.

Zusammenfassung

Worin besteht die Antisemitismus-Falle?

- Wenn der Kampf „gegen jeden Antisemitismus“ de facto Antisemitismus befeuert.
- Wenn dadurch die Werte des deutschen Grundgesetzes in Frage gestellt oder beschnitten werden.
- Wenn aufrichtiges Bemühen im Kampf gegen Antisemitismus Unrechtsstrukturen deckt oder (mit-)verursacht.

In diesem Fall geraten wir in die „deutsche Verantwortungsfalle“:

Wenn Deutschland unter Berufung auf seine besondere historische Verantwortung durch Zutun oder Unterlassen am Leid von Palästinensern oder ihrer Entrechtung mitschuldig wird.

Was also tun?

„Wer ‚Antisemitismus‘ ruft, wo keiner ist, der schadet dem Kampf gegen Antisemitismus“, prangerte schon der ehemalige Botschafter Israels in Deutschland, Shimon Stein, 2017 an.²⁹ Der Antisemitismusvorwurf wiegt in Deutschland enorm schwer – zumindest war das so und es sollte so sein. Das bedingt einen ganz besonders verantwortungsvollen, reflektierten und eher restriktiven Umgang, auch um ihn vor Entwertung zu schützen. Es ist kein Geheimnis, dass Viele in Deutschland einen inflationären Gebrauch des Antisemitismusvorwurfs beklagen – nicht weil sie Antisemitismus decken oder verharmlosen möchten, sondern weil diese

²⁹ Shimon Stein und Moshe Zimmermann in der *ZEIT* v. 1.6.2017 („Das böse Etikett. Wer über Antisemitismus redet, sollte genau sein – das gilt auch für die israelische Regierung“).

Fehlentwicklung sie alarmiert und sie darauf drängen, dass Antisemitismus ernst genommen und endlich effektiver bekämpft wird. Hier müssen sich Antisemitismusbeauftragte ganz besonders angesprochen fühlen, maßgebliche Faktoren in der Münchner Stadtspitze bzw. deren Berater*innen und in den jüdischen Gemeinden.

Die selektive Lagersolidarisierung müsste aufgegeben und aufgebrochen werden. Auch sie schadet dem Kampf gegen Antisemitismus. Wer zum Israel-bezogenen Antisemitismus Stellung nimmt, ohne sich aufrichtig um Kompetenz für beide Seiten zu bemühen, kann keine Glaubwürdigkeit beanspruchen und ist selbst Teil des Konflikts, nicht einer Lösung. Eine lösungsorientierte Positionierung und Vorgehensweise ist aber ein zentrales Element im Kampf gegen jeden Antisemitismus.

Nicht nur für den Israel-Palästina-Konflikt gilt, dass die Perspektiven der „anderen“ in den Blick genommen werden müssen, von allen, die aufrichtig an einem gedeihlichen Miteinander interessiert sind. Das gilt ganz akut auch in München. Wir brauchen auch hier mehr Miteinander, nicht weniger, Dialog auf Augenhöhe, mit Interesse und Respekt gerade auch für solche Positionen, die wir nicht teilen. Zumindest anhören und aushalten müssen wir sie. In München haben konstruktive Partner für den interreligiösen Dialog seit vielen Jahren eindrucksvoll das gesellschaftliche Miteinander praktiziert und gestaltet. Sie müssten gerade jetzt noch viel entschiedener gestützt, gefördert und sichtbar gemacht werden. Stattdessen werden gerade sie ausgegrenzt und mit falschen Vorhaltungen stigmatisiert. So wird gesellschaftliche Spaltung produziert, werden Fundamentalisten und Extremisten gefördert, und dem Kampf gegen Antisemitismus geschadet.

Es ist irreführend, wenn vereinfachend eine Symmetrie zwischen Antisemitismus und Islamfeindlichkeit, zwischen der Solidarität mit Israel und mit Palästinensern in den Raum gestellt wird. Der Sicherheit Israels (d.h. das Drängen nach einer gerechten Friedenslösung) und Hass gegen jüdische Menschen kommt in Deutschland immer eine sehr eigene Gewichtung zu. Das heißt aber nicht, dass andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit oder Unrecht gegen Palästinenser weniger abscheulich wären. Sie verhalten sich nicht symmetrisch, aber komplementär.

Wenn der Kampf gegen Antisemitismus gemeinsam mit dem gegen Islamfeindlichkeit geführt wird, kann er Glaubwürdigkeit beanspruchen, weil der Verdacht auf einseitige Solidarisierung vermieden wird.

Wir erwarten zurecht von Muslimen, dass sie sich gegen den Missbrauch ihrer Religion für Terror und Gewalt aussprechen. Würden jüdische Einzelne und Institutionen das in eigener Weise auch gegen den Missbrauch ihrer Religion z.B. durch fanatisch und extremistisch national-religiöse Siedler und Politiker tun, würde das den Kampf gegen Antisemitismus entschieden erleichtern.

Reflektieren, differenzieren, konfrontieren!

In allen diesen Bereichen gilt es, reflektiert mit dem Antisemitismusvorwurf und allem, was in seinem Umfeld mitherangezogen wird, umzugehen. Anstelle von mechanischen Zuordnungen muss differenziert analysiert und individuell gewichtet werden. Alles, was für und was gegen eine antisemitische Position sprechen könnte, ist in jedem Fall einzubeziehen. Wo Antisemitismus (oder Islamfeindlichkeit) tatsächlich vorliegt, ist klar und entschieden zu widersprechen – unabhängig von der jeweiligen Zugehörigkeit auf Seiten der „Kläger“ oder der „Beklagten“.

Ganz besonders wichtig wird diese Differenzierung in den Schulen. Hier sind seit dem 7. Oktober Fehlentwicklungen verheerenden Ausmaßes zu beobachten. Wenn jugendlichen und jungen erwachsenen Schüler*innen Sprechverbote erteilt werden, Selbsterklärungszwänge und Distanzierungsgebote vorgegeben werden, dann sind wir dabei, eine ganze Generation zu verlieren! Gerade in den Schulen muss jede*r seine Positionen und Sichtweisen, seine Meinungen und vielleicht seine persönliche Betroffenheit zur Sprache dürfen. Auch dann, wenn sie schwer erträglich sein mögen. Denn erzwungene Verdrängung dämmt Antisemitismus (wie auch andere Fehlentwicklungen) nicht ein, sondern nährt ihn. Hier geht es um unser aller Zukunft: sie entgleitet uns gerade!

Der Kampf gegen Antisemitismus wird nicht durch vorgegebene Formeln zu gewinnen sein. Er bleibt eine Herausforderung an unser eigenes, individuelles Denken, Empfinden und Urteilen. Er muss mit viel mehr Verstand, als das im Moment der Fall ist, geführt werden; aber auch mit Herz und Emotion. Mit Menschlichkeit.